



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

23.04.1997 - Drucksache 14/635

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Große Anfrage der Fraktion der CDU**Stand der Regierungskonferenz der Europäischen Union**

Wir fragen den Senat:

Die Regierungskonferenz zur Überprüfung des Maastrichter Vertrages von 1992 nahm ihre Arbeit am 29. März 1996 auf. Im Vorfeld dazu haben die Bundesländer in der Bundesratsentschließung vom 15. Dezember 1995 (Drs. 667/95) die „Forderungen der Länder zur Regierungskonferenz 1996“ formuliert. Die Bürgerschaft (Landtag) hat in ihrer 28. Sitzung am 24. Oktober 1996 den Antrag der SPD und der CDU zur „Weiterentwicklung der Europäischen Union — Forderungen für die Regierungskonferenz“ in geringfügig geänderter Form sowie den Änderungsantrag der AFB vom 12. September 1996 in geänderter Form angenommen. Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat in seiner Mitteilung vom 17. September 1996 (Drs. 14/438) seine Position zur „Regierungskonferenz 1996 — Interessen und Ziele des Landes Bremen als Region in Europa“ dargelegt.

Der neue Vertragstext „Maastricht II“ soll im Juni 1997 mit dem Abschluß der niederländischen Ratspräsidentschaft abschließend beraten und anschließend den Mitgliedsstaaten zur Ratifizierung vorgelegt werden. Aufgrund der Beteiligung des Bundesrates bei diesem Verfahren ist es von großem Interesse, inwieweit die Positionen der Bundesländer und insbesondere des Landes Bremen Realisierungschancen haben.

Wir fragen den Senat:

1. Welchen aktuellen Stand haben die Verhandlungen der Regierungskonferenz in bezug auf die wesentlichen Punkte des Beschlusses der Bremischen Bürgerschaft und des Bundesrates?
2. Welche Ergebnisse der Regierungskonferenz sind voraussichtlich zu folgenden Themen:
 - a) Stärkung des Subsidiaritätsprinzips,
 - b) mehr Demokratie, Transparenz und Bürgernähe, um ein „Europa der Bürger“ zu erreichen,
 - c) bessere Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres und
 - d) entscheidungs- und handlungsfähige Strukturen in der Außen- und Sicherheitspolitik für die EU

zu erwarten?

Röwekamp, Neumeyer und Fraktion der CDU

